

Europas Zukunft Richtung geben – Forderungen des Deutschen Städtetages zur Europawahl 2024

Europa und die Welt sind im Wandel. Spätestens seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und dem Überfall der Hamas auf Israel ist klar: Europa muss die europäischen Werte von Menschenrechten, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemeinsam aktiver verteidigen. Dazu braucht es eine klare Rolle Europas in der Welt und die Stärkung der Handlungsfähigkeit Europas nach innen.

Der Wandel schlägt sich vor Ort nieder: die Versorgung und Integration von Geflüchteten sowie die Unsicherheiten bei der Energieversorgung stellen die Städte vor große Herausforderungen. Der Klimawandel ist in Europa angekommen und verlangt effektive Schutz- und Anpassungsmaßnahmen. Die Digitalisierung bietet Chancen und benötigt zugleich Leitplanken, damit sie dem Wohl der Menschen dient. Die zahlreichen Herausforderungen machen eine Transformation unserer Gesellschaft in historischem Ausmaß notwendig. Um Europas Zukunftsfähigkeit und unsere Demokratie zu sichern, muss die Transformation gerecht gestaltet werden. Dazu braucht es die enge Zusammenarbeit aller Ebenen. Nur dann können wir dem Erstarken von Nationalismus und Rechtspopulismus, dem Auseinanderdriften der Gesellschaft sowie Hass, Gewalt und Demokratieskepsis wirksam begegnen.

Europas Zukunft zu sichern und zu gestalten ist unsere gemeinsame Aufgabe und Verantwortung. Die Städte spielen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Transformation, der Bewältigung von Herausforderungen und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Städte stehen ein für die europäischen Werte und engagieren sich weltweit solidarisch. Angesichts bevorstehender Erweiterungen und Herausforderungen in der Mehrheitsfindung zu zentralen Themen tragen Städte bereits heute substantiell zur Handlungsfähigkeit der Europäischen Union bei. Auch die Wahrung der globalen Akzeptanz Europas in Zeiten geopolitischer Spannungen erfordert die stärkere Anerkennung der Rolle der Städte als internationale Akteure und der Rolle von Städtediplomatie in der EU-Außenpolitik und in internationalen Prozessen wie den G7.

Die Transformation unserer Gesellschaft wird nur im engen Schulterschluss mit den Städten gelingen. Dazu müssen die Städte handlungsfähig sein und ihre Perspektive im europäischen Mehrebenensystem stärker berücksichtigt werden. Dazu braucht es die kontinuierliche und strukturelle Einbeziehung der Städte in europäische Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozesse, beispielsweise die Stärkung des Ausschusses der Regionen. Nur so können wir die Menschen mitnehmen, unsere Demokratie verteidigen und stärken und den Umbruch gerecht gestalten.

Die anstehenden Europawahlen können für die Zukunft der Europäischen Union – und damit für jede/n Einzelne/n – richtungsweisend sein. Es geht um nicht weniger als die Frage, ob wir auch in Zukunft in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben können. Die deutschen Städte stehen bereit, ihren Beitrag zu leisten, um Europas Zukunft Richtung zu geben. Von dem neu gewählten Europäischen Parlament und der neu besetzten Europäischen Kommission fordern wir:

1. Europa an Werten und Rechtsstaatlichkeit ausrichten

Angesichts geopolitisch unruhiger Zeiten, einem in vielen Mitgliedsstaaten der EU zu beobachtenden Rechtsruck aber auch ermutigender Entwicklungen wie in Polen braucht es gerade jetzt ein noch stärkeres Bekenntnis zu und Engagement für Europa und die europäischen Werte von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Diese Grundpfeiler der Europäischen Union gilt es zu stärken und zu verteidigen. Der Deutsche Städtetag fordert von der neuen Kommission die konsequente Anwendung des Rechtsstaatsprinzips. Dabei dürfen sich ausgesetzte Haushaltszahlungen

an Mitgliedsstaaten aufgrund von Verstößen (Konditionalitätsmechanismus) nicht zum Nachteil europafreundlicher Städte und ihrer Bemühungen um einen europaweiten Zusammenhalt auswirken. Bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention sollte zudem die Rolle der Kommunen bei Gesetzesvorlagen zur Beendigung von geschlechtsspezifischer Gewalt sowie in den damit verbundenen Förderprogrammen berücksichtigt werden.

2. Sozialen Zusammenhalt und Integration gemeinsam meistern

In den Städten entscheidet sich, ob sozialer Zusammenhalt belastbar ist und Integration gelingt. Der Deutsche Städtetag fordert, dass die Reform eines gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) zügig vorangetrieben und ein gerechtes europäisches Verteilsystem umgesetzt werden. Die Massenzustrom-Richtlinie muss verlängert werden. Die EU muss sich stärker den Problematiken der Binnenmigration annehmen und durch gezielte, langlaufende Förderprogramme die Städte in ihren Integrationsbemühungen unterstützen. Systeme der sozialen Sicherheit müssen auf europäischer Ebene koordiniert werden, um die Freizügigkeit zu wahren und Missbrauch zu verhindern.

3. Digitale Transformation ohne Hürden ermöglichen

Der Deutsche Städtetag fordert, dass ein klarer regulativer Rahmen für die Nutzung von Daten durch die Städte geschaffen wird. Dies gilt insbesondere deshalb, um das Potential Künstlicher Intelligenz im Verwaltungshandeln nutzen zu können. Vor allem im Bereich Standardisierung ist ein größeres Engagement notwendig. Dabei müssen durch offene Standards digitale Abhängigkeiten von Dritten vermieden werden. Weiterhin müssen beim Ausbau von digitaler Infrastruktur mehr Anreize für kooperative Ansätze geschaffen werden. Gleichzeitig brauchen die Städte Spielraum, um Konflikte mit anderen Infrastrukturen vorzubeugen. Im Rahmen der Umsetzung der Verordnung über die Einrichtung eines einheitlichen europäischen digitalen Zugangstors (Single Digital Gateway) müssen der Aufwand und die finanziellen Auswirkungen für die kommunale Ebene im Blick behalten werden.

4. Städte als zentrale Akteure für ein klimaneutrales Europa und in der Umsetzung des Green Deals unterstützen

Städte benötigen eine zuverlässige Versorgung mit klimafreundlicher Energie. Dafür müssen die europäischen Rahmenbedingungen Städte befähigen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien schnell umzusetzen. Für Maßnahmen hinsichtlich der Energieeffizienz, insbesondere von Gebäuden, braucht es sowohl den Blick auf das Quartier als auch mit nationalem Recht im Einklang stehende Sanierungsvorgaben. Die Energieeinsparvorgaben für den öffentlichen Sektor sind ambitioniert. Neben dem öffentlichen Bereich müssen alle Sektoren ihren Beitrag leisten. Auch muss die EU einen Rahmen schaffen, um die Erzeugung, die Nutzung und den Transport von grünem Wasserstoff innerhalb der EU zu fördern. Die EU muss zudem einen funktionierenden Gas- und Strombinnenmarkt schaffen sowie den Aufbau einer grenzüberschreitenden Netzinfrastuktur zügig vorantreiben.

5. Gesunde und umweltfreundliche Städte fördern

Saubere, gesunde und umweltbewusste Städte sind ein elementarer Baustein des Green Deals und vor allem Anspruch unserer Städte an sich selbst. Die EU ist gefordert den Rahmen dafür zu setzen, und kommunales Handeln zu befördern. Es ist dringend erforderlich, zur Verbesserung der Luftqualität in den Städten mit Vorrang Maßnahmen an der Quelle zu ergreifen und einen ganzheitlichen Ansatz zur Emissionsreduktion umzusetzen. Weiterhin muss die Kommission die Rahmensetzung für eine Kreislaufwirtschaft setzen und zirkuläres Wirtschaften befördern. Zum Schutz unserer Gewässer muss die Wasserrahmenrichtlinie verlängert und das Prinzip der Herstellerverantwortung ausgeweitet werden. Weiterhin ist der Erhalt und die Förderung der Biodiversität ein zentrales Zukunftsthema

für lebenswerte Städte. Hierfür muss die Kommission weiterhin die Rahmenbedingungen zur Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie schaffen. Hierunter fällt auch die geplante Richtlinie zur Bodenüberwachung und -resilienz, die wichtige Ziele verfolgt, aber differenzierter ausgestaltet werden muss.

6. Nachhaltige Mobilität schaffen

Der Deutsche Städtetag fordert, zur Umsetzung der Verordnung über Transeuropäische Netze für Verkehr die Planungsautonomie der Städte zu beachten, bereits vorliegende Planungen zu berücksichtigen und städtische Maßnahmen durch die neue Connecting Europe Facility (CEF) auskömmlich zu finanzieren. Digitalisierung und Wettbewerb müssen in Zusammenhang mit einer starken städtischen Steuerungsfunktion konsequent genutzt werden, um den ÖPNV in den Ballungsräumen mit weiteren Angeboten zu verknüpfen und autonome Fahrfunktionen zu integrieren. Die Umrüstung von Bussen und Nutzfahrzeugen sollte mit Fördermitteln bis 2030 beschleunigt werden.

7. Lebenswerte Städte im gemeinsamen Wandel entlasten

Die europäische Kohäsionspolitik ist das zentrale Element, um Transformationsprozesse anschieben zu können. Damit sie den Städten gerecht wird, müssen sie verlässlich und flexibel sein. Die Urbane Agenda und die Neue Leipzig Charta müssen weiter umgesetzt und gestärkt werden. Die Rolle des European Bauhaus (EB) für Transformationsschritte der Städte im Bauwesen muss herausgearbeitet werden. Die Städte müssen direkt EB-Projekte beantragen können. Kommunalrelevante EU-Programme sollten besser aufeinander abgestimmt werden. Die Bauleitplanung muss als Verfahren für eine gerechte Abwägung der widerstreitenden Belange anerkannt werden. Starre inhaltliche Vorgaben sowie redundante Verfahrensanforderungen müssen im Rahmen des EU-Umwelt-, Klage- und Verfahrensrechts auf das zur Wahrung der Umweltbelange erforderliche Maß reduziert werden.

8. Städte bei der nachhaltigen Finanzierung kommunaler Investitionen unterstützen

Der Deutsche Städtetag fordert eine stärkere Berücksichtigung kommunaler Belange und Investitionen bei der Weiterentwicklung der Sustainable-Finance-Strategie der Europäischen Union. Dazu braucht es einen Paradigmenwechsel bei der Förderung kommunaler Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, wonach sich die Fördersumme künftig an der Wirksamkeit anstelle der Kosten eines Projekts ausrichtet. Zudem sollten die Auswirkungen neuer Verwaltungsanforderungen wie den neuen Standards zur öffentlichen Rechnungslegung auf die Städte stärker berücksichtigt werden und diese an der Ausarbeitung beteiligt werden. Zur Förderung von Personalentwicklungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene braucht es eine Umsatzsteuerbefreiung für Personalüberlassungen.

9. Entlastung durch Entbürokratisierung schaffen

Viele EU-Regelungen und Vorgaben sind kritisch zu betrachten und teilweise nicht mehr zeitgemäß. So sollte beispielsweise das Vergaberecht vereinfacht und die Verfahren beschleunigt werden. Die EU-Kommission sollte rasch Verhandlungen mit der Welthandelsorganisation über das Government Procurement Agreement (GPA) zur Erhöhung der Schwellenwerte aufnehmen. Überflüssige Regelungen sollten abgebaut und den Kommunen so mehr Handlungsspielraum gegeben werden. Die EU-Kommission muss bei der Erstellung neuer Gesetzesvorschläge potenziell Betroffene stärker einbeziehen sowie eine Folgenabschätzung einführen, mit der unter Einbindung der Kommunen die Auswirkungen der Gesetzgebung auf die lokale Ebene vorab geprüft wird.

10. Kommunale Beteiligung sicherstellen und intensivieren

Städte sind die zentrale Umsetzungsebene europäischer Regelungen. Deshalb müssen sie auch in europäische Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozesse strukturiert und kontinuierlich einbezogen werden. Dazu braucht es verpflichtende Anhörungs- und Konsultationsrechte der Städte und ihrer Verbände sowie eine Stärkung des Ausschusses der Regionen. Dazu gehört insbesondere eine Erhöhung der durch die kommunale Ebene besetzten Mandate in den nationalen Delegationen auf mindestens ein Drittel. Gesetzgebungsverfahren müssen auf Subsidiarität und Achtung der kommunalen Selbstverwaltung mittels Folgenabschätzung überprüft werden. Der Deutsche Städtetag fordert zudem einen jährlichen europäischen Städtegipfel sowie einen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission für städtische Angelegenheiten. Damit kann dem horizontalen und fachbereichsübergreifenden Charakter städtischer Angelegenheiten Rechnung getragen werden.

11. Rolle der Städtediplomatie in der internationalen Zusammenarbeit anerkennen

Städte gestalten im Rahmen ihrer internationalen Zusammenarbeit globale Entwicklungen. Der Deutsche Städtetag fordert, den Ansatz der Städtediplomatie (Urban Diplomacy) in den internationalen Strategien der EU anzuerkennen. Städte müssen stärker bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrem Nachfolgeprozess auf Entscheidungsebene einbezogen werden. Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit sollte im neuen mehrjährigen Finanzrahmen ab 2027 wieder budgetiert werden. Insbesondere zur Umsetzung der EU-Afrikastrategie benötigen die Städte eigenständige Zugänge zu Fördermitteln, um Partnerschaften aufrecht zu erhalten und auszubauen. Die Ukraine-Fazilität sollte das Engagement der Städte für die Ukraine, beispielsweise im Rahmen von Städtepartnerschaften, möglich machen.